RHEINISCHE POST
DONNERSTAG, 25. SEPTEMBER 2014

Blockiert sich der Stadtrat beim Baumschutz selbst?

VON PETER KORN

LEVERKUSEN Gestern Abend hatten die Leverkusener Grünen Fraktionssitzung: letzte Gelegenheit, sich auf einheitliche Linie beim Thema Baumschutz in Leverkusen festzulegen, ähnlich wie die CDU auch. Denn bewegt sich niemand der politischen Akteure steht jetzt schon fest: Im Stadtrat am kommenden Montag wird es zwar gleich vier Anträge zu diesem Thema geben, aber am Ende bleibt doch alles, wie es ist.

Folgende Varianten stehen Montag im Ratssaal zur Abstimmung an:

1. Finanzielles Bonussystem

Der Antritt aus der vergangenen Legislaturperiode von Dr. Uwe Becker (ÖDP) hat keine Chance. Die Stadt hat auch bereits darauf hingewiesen, dass es rechtlich unzulässig ist, einen Bonus auf die Grundsteuer zu gewähren, wie Becker das vorschlägt. Ebenso die Idee, Gebührenzahlungen zu verringern.

2. Baumschutzsatzung (nach einem Bürgerantrag der Freien Wähler Brigitte von Bonin und Michael Schmidt)

Für ihn gilt nach Auffassung der Stadtverwaltung so wie für den

3. Antrag auf Baumschutzsatzung (von Bündnis 90/Grüne):

Die Baumschutzsatzung ist eine gesetzliche Regelung und erfordert zur Umsetzung ein festgesetztes formelles Verfahren. Dafür müsste die Stadt eine Vollzeitstelle einrichten.

4. Entwicklung eines Leitbildes „Schutz des Grünbestandes“ (von CDU-Ratsherr Bernhard Marewski)

Der Kompromissvorschlag besagt unter anderem, die Stadt solle prüfen, im öffentlichen Raum ein verbindliches Regelwerk für den Baumschutz zu schaffen. Privatleute indes sollen nicht verpflichtet, sondern durch Anreize zum Baumschutz animiert werden (u.a. Baumpatenschaften, Baumpflanzaktion bzw. Baumspende aus besonderem Anlass, Willkommensbaum an Neubürger mit eigenem Grundstück, Anpflanzung von „Jahresbäumen“,- Obstgehölzlehrpfade ausbauen, Stadtführungen zu den „grünen Seiten“ Leverkusens).

Auch für diesen Fall fordert die Stadt zusätzliches Personal, wenn auch in geringerem Umfang (halbe Vollzeitstelle).

In den politischen Vorberatungen gab es bisher für keine Variante eine Mehrheit. Auch weil die CDU sich beim Grünen-Antrag enthielt und umgekehrt.

Die Sitzung beginnt um 13 Uhr.